



Die Abtretung des linken Rhoneufers an Frankreich. 1800—1802.

I.

Ende 1800 und bis zum Frühling 1802 bemühte sich Frankreich vergebens um die Abtretung des Wallis bis Brig oder wenigstens des linken Rhoneufers.

Nach endlosem Briefwechsel ¹⁾ und einem bei der Zwangslage der Schweiz bewundernswerten Widerstand nahm die Sache eine bessere, wenn auch für uns nicht befriedigende Wendung. Frankreich verzichtete auf Einverleibung des verlangten Gebietes, erwirkte aber die Lostrennung des Wallis von der Schweiz in der Gestalt einer „selbständigen Republik“.

Unabhängiger Staat wurde Wallis nur dem Anscheine nach. Die Bewilligung einer Handels- und Militärstraße an Frankreich stand in der neuen aufgezwungenen Verfassung, und darin lag der eigentliche Zweck aller französischen Antriebe.

Die neue Wendung der Dinge erhielt aber wenigstens die Integrität des Wallisergebietes, welches fernerhin ein Ganzes bildete. Die früheren französischen Anträge gingen

¹⁾ Vgl. Aktensammlung VI., VII., VIII.; Dunant Correspondances diplomatiques; de Rivaz Mémoires historiques; Dr. Stridler Das Ende der Helvetik, in Hiltys politischem Jahrbuch; Das Bundesarchiv Bern; Staatsarchiv Sitten; Manuskript de Rivaz; Archiv de Rivaz; Ribordy Documents pour servir à l'histoire du Valais.

auf die Berggliederung hin, entweder auf Abtretung der beiden Ufer bis Brig, oder später des linken Ufers bis zum Simplon ¹⁾.

Im letztern Falle wären die Ortschaften Monthey, St. Maurice, Martinach mit den in dorten ausmündenden Thalschaften, ferner das Gringer-, Gifisch-, Turtmann-, Zermatter-, Saaser- und Simplon-Thal einschließlich Brig, französisch, die schmale Strecke auf dem rechten Ufer, von St. Maurice aufwärts, mit nur Sitten, Siders und Leuf als wichtigeren Ortschaften, und das Gommertal weiterhin Walliserboden geblieben.

Es fällt jedem mit Walliser Verhältnissen bekannten Leser die Unnatürlichkeit dieser Teilung auf. Eine Trennung des Oberwallis vom Unterwallis ²⁾ war bei weitem denkbarer und durchführbarer in politischer Hinsicht, und hätten den sehnlichsten Wunsch des ersten Konsuls — eine bequeme Verbindung mit Italien — auch erfüllt, nämlich durch den von ihm 1800 überschrittenen St. Bernhardspass. Aus strategischen Gründen zog Bonaparte den Simplon vor. Wegen der eigentümlichen topographischen Lage des Wallis wäre die Teilung des Ober- vom Unterwallis auch verhängnisvoll ausgefallen: das Wallis hätte seinen einzigen Ausgang nach der Waadt und der Schweiz verloren.

Die Ausführung des Planes vom linken Ufer war ohne beständige Reibereien zwischen den beiden Landesteilen

¹⁾ Der erste amtliche Antrag vom 25. Februar spricht vom ganzen Wallis bis Brig. — Als Notausweg gestand die Schweiz die Abtretung nur eines Ufers (des linken) als kleineres Opfer, zu. — Die erste Angabe vom linken Ufer finden wir unterm 5. März. Aktensammlung VI., 231, 10.

Die darauffolgenden Verhandlungen behandelten dann das linke Ufer um später wieder zum ganzen Wallis bis Brig zurückzukommen. Die meisten Geschichtsschreiber scheinen diesen Umstand übersehen zu haben, denn sie heben es nirgends hervor, daß Helvetien die Forderung vom ganzen Wallis mit der Abtretung vom linken Ufer beantwortete. Sie sprechen nur vom linken Rhodener, als ob von Anfang an die Rede davon gewesen wäre.

²⁾ Eine solche kam während der politischen Wirren 1839—1840 in Frage. (Rilliet du Constant, 104.)

undenkbar. Man denke sich den nachteiligen Einfluß auf das Bewußtsein des frühern gemeinsamen Vaterlandes!

1810 erwachten die Walliser an einem schönen Morgen doch als Franzosen ¹⁾. Weil es aber infolge eines gewaltsamen Streiches und gegen den Willen der Einwohner geschah, nahmen die Mächte am Wiener Kongreß eher Notiz davon, als wenn das Wallis 1802 feierlich abgetreten worden wäre, und die Einwohner sich darüber in bejahenden Sinne ausgesprochen hätten ²⁾, wie dies unter dem Hochdruck von Turreau am Ende doch zu befürchten war ³⁾.

Wir schließen daraus, daß die 1802 mit schwerem Herzen von der Schweiz bewilligte Lostrennung des Wallis ⁴⁾ bei weitem nicht die gleichen Gefahren in sich barg, als die Zergliederung des Landes, und so müssen wir mit Dankbarkeit der Männer gedenken, deren unabhängigen Bemühungen, bewundernswerte Fähigkeit und rührende Vaterlandsliebe ein weniger trübes Schicksal für das Wallis erwirkten.

Es waren vorzugsweise Statthalter de Rivaz, die helvetischen Gesandten Glayre und Stapfer ⁵⁾, der Landammann Reding, der Staatssekretär Thormann, ferner die Walliser Verwaltungskammer, die Unterstatthalter, die Gemeindenpräsidenten, ja das ganze Walliservolk!

Das „Wallisergeschäft“, wie die damaligen Altenteile es nennen, beschäftigte über ein ganzes Jahr den

¹⁾ Proclamation vom Landeshauptmann Stockalper vom 14. November 1810.

²⁾ Die Anträge Redings, Dezember 1801—Januar 1802, lauteten im Sinne eines „Nécessité“ der Wallisergemeinden, als wünschten dieselben selbst die Vereinigung mit Frankreich. Reding wollte Helvetien die große Verantwortlichkeit der Abtretung dadurch ersparen. (Dr. Strickler: Das Ende der Helvetik.)

³⁾ Aus den Briefen des Statthalters de Rivaz. Archiv de Rivaz.

⁴⁾ Also Errichtung einer unabhängigen Republik.

⁵⁾ Glayre, Mitglied vom helvetischen Direktorium bis 9. Mai 1799, außerordentlicher Gesandter in Paris für die Verfassungsfrage.

Stapfer, geb. Bern 1766, gestorben 1840. Minister der Künste und Wissenschaften 1798—1800, Kultusminister, helvetischer Gesandter in Paris 1800—1803. Eine noble Gestalt aus der Zeit der Helvetik. Vgl., Ph. Alb. Stapfer. Rudolf Euginbühl 1887.

schlaenen Talleyrand ¹⁾. Die Walliserfrage stand mit den Eroberungsplänen des ersten Konsuls in innigster Verbindung. Von der Willigkeit der Schweiz, das Wallis abzutreten, hing die Gunst Bonapartes in der schwierigen Verfassungs- und Grenzfrage ab. Kurz gesagt, der Name Wallis spielte während dieser Zeit eine sehr wichtige Rolle.

Die Verhandlungen über den peinlichen Gegenstand brachten drei Tatsachen zu Tage :

1. Den unbestreitbar hohen Wert des Wallis sowohl für Frankreich als für Helvetien.
2. Die Hochschätzung der Schweiz für ihren neuen Bundesgenossen.
3. Die aufopfernde Liebe unserer Väter für das engere und weitere Vaterland.

II.

Wie gierig die französischen Staatshäupter auf das Wallis blickten und wie sie das Schicksal des Rhonetales bald nach einem bald nach dem andern Sinne entschieden — je nach ihren augenblicklichen Plänen — zeigen am besten die Ereignisse im unruhigen Zeitabschnitt, der mit der Revolution seinen Anfang und mit der Schlacht bei Waterloo seinen Abschluß fand.

1797 reichte Bonaparte unserm Landeshauptmann Sigristen das Gesuch um Bewilligung freien Durchpasses für seine Truppen ein ²⁾. Die helvetische Tagsatzung schlug das Gesuch im Hinblick auf die zu befürchtende Gefährdung der Neutralität ab ³⁾.

Anfangs 1798 spielten sich wichtige Ereignisse ab: die Eroberung der Schweiz durch die Franzosen, und im engeren Vaterland die Verzichtleistung der Hoheitsrechte des Oberwallis über das Unterwallis, die der

¹⁾ Talleyrand, französischer Minister des Auswärtigen 1797—1807.

²⁾ Beiträge zur Geschichte des Uebergangs Napoleons über den Großen St. Bernhard. „Blätter“. D. Perrollaz.

³⁾ Eidg. Abschiede. Ältere Sammlung. Bd. 8. S. 262—263.

französischer Geschäftsträger — Mangourit ¹⁾ — unterstützte. Damals schon äußerte sich letzterer gegenüber Walliser Abgeordneten zu gunsten einer Militärstraße zur bequemen Verbindung Frankreichs mit der cisalpinischen Republik ²⁾.

Mangourit arbeitete zuerst im Sinn der Unabhängigkeit des Wallis, also gegen die Strömung, die aus unserm Kanton ein Glied Helvetiens zu machen wünschte. Nach seiner Ansicht ließ ein selbständiges Wallis das Zustandekommen der bewußten Straße eher hoffen, als ein zu Helvetien gehörender Kanton. „Il est plus généreux et plus politique de laisser les Valaisans, selon leur vœu, former une république indépendante, que la faiblesse attacherait nécessairement à la France“ ³⁾.

Dieses Zugeständnis ist für unsere Verhältnisse sehr wichtig.

Die Politik Mangourit's erfuhr einen plötzlichen Umschwung nach seinem Besuch bei Lecarlier⁴⁾, der ihn bewog, den Wünschen des Direktoriums zu entsprechen und die Angliederung des Wallis an die neu gegründete helvetische Republik zu betreiben ⁵⁾.

Schon lag in der Luft ein Allianzvertrag zwischen Helvetien und Frankreich, der den Wünschen letzteren Staates hinsichtlich der Militärstraße durch Wallis Rechnung tragen sollte, und somit die Angliederung des Wallis an die Schweiz eher wünschbar machte.

In der Zwischenzeit, d. h. zwischen der Vereinigung des Wallis mit Helvetien und dem 19. August 1798, — Datum des Bündnisvertrages — verlangte Frankreich bereits die Abtretung des linken Rhodensers. Das helvetische Direktorium konnte diese Forderung rückgängig machen ⁶⁾.

¹⁾ Das Wallis hatte als selbständiger Staat einen eigenen französischen Geschäftsträger. Mangourit war der Nachfolger Heflingers und wohnte in St. Maurice.

²⁾ Ribordy, Documents, S. 15.

³⁾ Dunant, Les relations diplomatiques de la France et de la République helvétique, 44. 155.

⁴⁾ Lecarlier, commissaire civil du Directoire français en Helvétie.

⁵⁾ Dunant. Introd.

⁶⁾ Aftenammlung 231, 51. Ribordy, S. 124.

Ueberhaupt hegte man in französischen Kreisen auch den Wunsch, das Wallis einfach zu besetzen und zu annexieren. Ein Grund für eine solche Gewaltthat sollte aber vorhanden sein. Mangourit glaubte dieselbe in den helvetischen Wirren entdeckt zu haben. So stand in einem seiner Berichte an die französische Regierung unterm 13. Juni 1798: „ le second moyen est de perdre la faction par elle-même, d'exciter son audace, de faire hâter l'exécution de ses projets afin d'avoir le droit, à la face de l'Europe, de nous emparer du Valais et du territoire renfermé entre la Fourche et la gauche de l'Aar jusqu'au Rhin“ ¹⁾).

Das Vorhergesagte bezweckt nur, einiges Licht auf die Absichten Frankreichs zu werfen. Als die große Republik in ihrem Interesse die Einverleibung des Wallis in die helvetische Republik verfügte, war sie entschlossen die Erfüllung ihrer Pläne durch alle Mittel zu erreichen. Die blutigen Ereignisse von 1798—1799 beweisen dies zur Genüge ²⁾). Drei Jahre später rückte die französische Diplomatie mit ebensovielen Gründen für das entgegengesetzte Ziel auf.

Der Vertrag vom 19. August 1798 zwischen der helvetischen Republik und Frankreich sicherte letzterem Staate zwei Militärstraßen zu: eine längs der Rheingrenze, die andere durchs Wallis ³⁾). Damit war das Schicksal des Rhonetales besiegelt, denn Frankreich stützte sich später stets auf den obgenannten Vertrag, um die Vostrennung des Wallis zu fordern.

Nach der Schlacht bei Marengo und der darauffolgenden Niederlage der österreichischen Macht begannen Friedensverhandlungen, die zum Luneviller Frieden führten ⁴⁾). Dieser wichtige Vertrag enthielt auch den Grundsatz der schweizerischen Neutralität ⁵⁾).

¹⁾ Dumant, 46, 165.

²⁾ Prof. Zmesch. Die Kämpfe der Walliser.

³⁾ Aktensammlung, Bd. V.

⁴⁾ Thiers. Histoire du Consulat et de l'Empire.

⁵⁾ Im Luneviller Frieden sollen geheime Artikel gestanden haben, welche die Abtretung des Wallis regelten. (Luginbühl, P. Alb. Stapfer, Seite 366.)

Letztere war aber mit dem Zugeständnis von Militärstraßen an fremde Mächte ganz unvereinbar.

Schon lange vor dem Abschluß des Luneviller Friedens äußerte sich Napoleon deutlich genug hinsichtlich der Walliserfrage. Der helvetische Geschäftsträger in Paris — Stapfer — der Napoleon dazu bewegen wollte, die Schweiz am Luneviller Kongreß vertreten zu lassen ¹⁾, erfuhr, daß die Gunst des Mächtigen in Betreff der Neutralität von der Abtretung des linken Rhodanens abhänge. Am 10. Oktober 1800 erklärte Stapfer, daß die Schweiz lieber das linke Ufer des Wallisergebietes abtreten würde als auf die heißersehnte Neutralität, die mit dem Fortbestande der Militärstraße ganz unvereinbar schien, verzichten ²⁾.

Man schließe daraus nicht, daß Helvetien die Abtretung des Wallis aus freien Stücken angeboten habe, das Bishergesagte und noch mehr die Weiterentwicklung der Dinge lassen diese Zunutung nicht zu. Der Minister Stapfer wollte weder auf das Wallis noch auf die Neutralität Verzicht leisten, wußte aber nur zu gut, wie schwierig es war, sich dem Willen Napoleons zu widersetzen. — Was Bonaparte betrifft, war er so unbefürchtet über den Ausgang der Friedensverhandlungen, daß er bereits den 7. September 1800 den Bau der Simplonstrasse beschloß — nicht den guten Wallisern zu liebe ³⁾.

Von allen diesen Plänen wußte man nichts Bestimmtes in nicht eingeweihten Kreisen ⁴⁾. Gerüchte davon drangen Ende 1800 bis in die Walliser Berge hinein und erregten

¹⁾ Eugénbühl, S. 363.

²⁾ Dunant, LXXIX. Entretien au Pavillon de l'Unité.

³⁾ Erhehlt aus der ganzen Geschichte. — In seinem Message au Sénat, vom 10. Dezember 1810, sagte Napoleon: „La réunion du Valais est une conséquence prévue des immenses travaux que je fais faire depuis dix ans dans cette partie des Alpes. Lors de mon acte de médiation, je séparais le Valais de la Suisse, prévoyant dès lors une mesure si utile à la France et à l'Italie“. (La route du Simplon. Neukirch Bâle 1823.)

⁴⁾ Talleyrand teilte Reinhard unterm 15. Oktober 1801 die Absichten des ersten Konsuls über das Wallis vertraulich mit. Dunant, 380—1093.

Auffehen und Besorgnis. Der Statthalter de Rivaz sah sich veranlaßt, den Vollziehungsrat von den erwachten Befürchtungen in Kenntnis zu setzen ¹⁾. Der V. R. beteuerte, keinerlei Anhaltspunkte für eine beabsichtigte Annexionierung des Wallis zu haben. Es wurden die Gemeinden, wo diese Befürchtungen am stärksten auftraten, ersucht, von Maßnahmen abzusehen, welche die Aufmerksamkeit der französischen Behörden auf das Wallis lenken und so Gelüste erwecken könnten, die vielleicht gar nicht bestehen. Dem Gesandten in Paris schrieb der Minister des Auswärtigen „man betrachte die Sache (die Annexionierung des Wallis) als ganz unwahrscheinlich“ ²⁾.

Sicher ist es also, daß zur Zeit, wo der Statthalter de Rivaz sich über die umhergebotenen Gerüchte der Abtretung des Wallis in Bern erkundigte, an höherer Stelle bloß Vermutungen aber keine bezüglichen Anträge vorlagen ³⁾.

Der Luneviller Frieden gab den eigentlichen Anstoß zur Entwicklung einer regelrechten diplomatischen Aktion. Der Grundsatz lautete nicht anders als: „Frankreich will auf die Vorteile des Allianzvertrages in keinem Fall verzichten. Entweder bleibt die Klausel einer südlichen Militärstraße unangetastet, oder, wenn letztere mit der Neutralität der Schweiz unvereinbar ist, muß die Schweiz auf das Wallis verzichten“.

III.

Den 13. Februar 1801, kaum vier Tage nach dem Zustandekommen des Luneviller Friedens, erteilte der

¹⁾ Aktensammlung VI, 231, 1 a.

²⁾ Aktensammlung, Bd. VI, 231, 1 b.

³⁾ Französischerseits war aber alles zum Angriff bereit. Siehe *Projet de traité, Janvier 1801*, im Archives des affaires étrangères, Paris-Dunant, 1157. Der Artikel 2 sagt wörtlich: „La République helvétique céderait à la France en toute propriété le Valais, du lac Léman jusqu'au-delà de Brigue et de la route qui aboutit au Simplon et même jusqu'à la Furka, si cette extension est trouvée nécessaire.“

erste Konsul an seinen Minister des Auswärtigen, Talleyrand, die Weisung, über die Abtretung eines Theiles des Wallisergebietes in Verhandlungen mit der Schweiz zu treten ¹⁾. Am 25. des gleichen Monats schrieb der französische Vertreter bei der helvetischen Republik — Reinhard — dem helvetischen Minister des Auswärtigen in diesem Sinne.

Genanntes Schreiben bildet eigentlich der erste feste Schritt in dieser Angelegenheit, weshalb wir es zum Abdruck bringen ²⁾.

„La République française avait promis, par le traité du 2 Fructidor de l'an 6, d'employer ses bons offices pour opérer la réunion du Frickthal au territoire de la République Helvétique. La cession qui vient d'en être faite à la France par son traité du 20 Pluviose avec l'empereur et l'empire, la met en état d'offrir ce pays à son allié et d'y joindre tout ce qui appartenait à la maison d'Autriche sur la rive gauche du Rhin, entre Bâle et Zurzach. Le Gouvernement français, en se réservant le droit de faire cette cession a voulu donner à l'Helvétie une preuve du vif intérêt qu'il prend à sa sécurité et lui ménager les moyens de porter jusqu'au Rhin ses frontières du Nord, il a en même temps compté que pour obtenir un si précieux avantage, l'Helvétie ferait sans peine un *sacrifice beaucoup moins important*. L'intention de la France a toujours été de s'assurer une communication libre et directe avec la République Cisalpine. Ce fut dans cette vue qu'elle stipula dans son traité de l'an 6 avec l'Helvétie, qu'il lui serait accordé le libre et perpétuel usage d'une route commerciale et militaire qui traverserait *le Valais* pour aboutir sur le territoire cisalpin. C'est dans la même intention qu'elle a fait exécuter à ses frais toute la partie de cette route entre Brig et le Simplon, quoique cette dépense dut être supportée par l'Helvétie. Elle demande la cession du Valais jusqu'à Brig et au Simplon et regarde cette acquisition comme la seule mesure qui puisse assurer de

¹⁾ Relations diplomatiques, 1181.

²⁾ Aftenjammung, S. 675, 3 a.

la manière la plus favorable pour l'indépendance helvétique, les communications de la France avec la Cisalpine. L'emprunt continuel d'un territoire qui appartiendrait à l'Helvétie serait une espèce de servitude aussi gênante pour la puissance qui aurait à la supporter que pour celle qui en recueillerait les avantages. L'Helvétie doit d'ailleurs apercevoir dans cette cession le moyen le plus propre à couvrir ses frontières du côté de l'Italie et à établir entre l'un et l'autre pays un boulevard puissant qui s'oppose au mélange de leurs intérêts et prévienne entre eux jusqu'aux désirs de se nuire, elle doit y voir surtout un moyen de protéger avec plus d'efficacité les baillages (!) qu'elle possède au-delà des Alpes."

"Mon gouvernement, citoyen ministre, me charge de négocier sans délai cet échange; la conclusion de cette affaire lui paraît d'autant plus urgente que le traité du 20 Pluviose ¹⁾ devant être ratifié dans moins de trente jours, il importe au Gouvernement français d'être informé auparavant du résultat d'une opération qui devient pour ainsi dire une des parties accessoires de ce traité. D'après ces considérations, vous vous convaincrez facilement que le gouvernement provisoire, en consentant à un échange commandé par des intérêts politiques du premier ordre, ne fera que consolider la neutralité future de son pays et que, si le Gouvernement français peut s'attendre à une preuve de déférence, elle consistera uniquement dans la promptitude de la détermination. Je suis chargé de profiter de la même circonstance pour presser la décision du Conseil exécutif relative à la cession du territoire sur lequel doit passer la nouvelle route entre Gex et Morez ²⁾, etc."

Es lassen sich in einem diplomatischen Schreiben kaum mehr Entstellungen des richtigen Sachverhaltes zusammenbringen.

Die Abtretung des Friedthales war bereits durch den Vertrag von Campo Formio ³⁾ der Schweiz zugesichert

¹⁾ Lunéviller Frieden.

²⁾ Val des Dappes.

³⁾ 18. April 1797.

worden ¹⁾, und zudem konnte diese ehemalige österreichische Besizung sowohl hinsichtlich der Fruchtbarkeit wie der Einwohnerzahl mit dem Wallis gar nicht verglichen werden.

Man sieht, wie das „sacrifice beaucoup moins important“ wirklich sich ausnimmt.

Den Vertrag vom 19. August 1798 hob der Luneviller Frieden eigentlich auf sammt den „Unrechten“ Frankreichs auf die verüchtigten Militärstraßen. Bonaparte hatte demnach keine Grundlage für die ihm entgangenen Militärstraßen einen Gegenwert wie die Abtretung des Wallis zu fordern.

Die in eben citirtem Schreiben Reinhardts angeführten Gründe sind ächt diplomatisch: um einen großen Verlust als Vorteil zu preisen, und um die Edelmütigkeit Frankreichs bei dieser Gelegenheit zu loben, bedurfte es diplomatischer Verdrehungskunst.

Man wußte aber in Bern zu genau, daß, sofern die politische Lage Europas nicht eine plötzliche Umgestaltung erfahre, die Schweiz am Ende den Wünschen, d. h. Befehlen des ersten Konsuls dennoch nachgeben müsse.

Von Anfang an konnte der Vollziehungsrat dem Begehren einer Abtretung des Wallis kein non possumus entgegenstellen ²⁾, dagegen suchte er die Lage nach Möglichkeit zu retten, das abzutretende Gebiet zu reduzieren und größere Vorteile zu erzielen, als den bloßen, ungenügenden Austausch gegen das Frickthal. Dem schweizerischen außerordentlichen Gesandten Glayre in Paris wurden diesbezügliche Weisungen erteilt.

Er wurde eingeladen, alles aufzubieten, damit ein so wichtiges Gebiet der Schweiz erhalten bleibe. — Der Erfolg war zu zweifelhaft und Glayre sollte versuchen, zuerst die Abtretung der Straße allein vorzuschlagen,

¹⁾ Dunant. Introduction LXXXVI.

²⁾ War aber anfänglich doch etwas zu bereitwillig, denn schon drei Tage nach dem bekannten Antrag Reinhardts konnte letzterer Talleyrand mittheilen, daß Glayre beauftragt worden sei, über den Tausch des Wallis gegen das Frickthal direkt in Paris selbst zu unterhandeln. (Relations diplomatiques, 418, 1187.)

wenn dies in keinem Fall als eine Verletzung der Neutralität aufgefaßt werden könne. Und wenn Frankreich durchaus die Abtretung des Wallis fordere, sei es die Pflicht des schweizerischen Gesandten, den Standpunkt der Schweiz so lange und so wirksam wie möglich zu verteidigen.

Und wenn schließlich die Schweiz große Opfer darzubringen gezwungen, so solle wenigstens ein entsprechender Ersatz dafür geboten werden, Gebietsabtretungen, wie Biel und das St. Immertal zc., ja Konstanz und wo möglich Veltlin und Chiavenna ¹⁾.

Den Antrag zur Einverleibung von Konstanz enthielt schon das am 21. Oktober 1800 von Minister Bégos verlesene Memoire über die „Vues naturelles que l'Helvétie peut avoir sur la ville de Constance“ ²⁾, welches auf den Luneviller Frieden hin vorbereitet worden war.

Talleyrand sowohl als Reinhard bemühten sich, die großen (!) Vorteile der Abtretung des Wallisergebietes für die Schweiz zu preisen. Ersterer wagte sogar die Kühne Behauptung aufzustellen: „Les compensations que la France vous offre ³⁾ importent, vous en conviendrez, infiniment plus aux intérêts de votre pays que la possession d'un *pays aride*, que d'après les engagements qui vous lient, vous êtes obligés de prêter à la France dans toutes les occurences de commerce et de passage des troupes“ ⁴⁾.

Glayre wehrte sich kräftig gegen die anmaßenden Bemerkungen der französischen Diplomatie: „Le Valais est, par l'étendue de son territoire et sa population, environ la quinzième partie de la Suisse. *Vous nommez aride* le sol le plus fertile en productions distinguées de tout genre; ses vignes, ses pâturages, ses champs, ses bois

¹⁾ Ehemalige graubündnerische Besitzungen, die Bonaparte 1797 ihrem Besitzer entriß. . . .

²⁾ Aktensammlung 122 b, Bd. VI.

³⁾ Verzicht auf die nördliche Militärstraße, Anerkennung der Neutralität (bereits in Luneville anerkannt), Abtretung des Friedthales.

⁴⁾ Aktensammlung 122 b, Bd. VI.

d'une espèce privilégiée, ses minéraux connus et à découvrir, en font la seule contrée de l'Helvétie qui peut se suffire à elle-même" ¹⁾).

Wie vorauszusehen, ernteten die guten Gründe von Stapfer und Glayre nicht den geringsten Erfolg. Frankreich beharrte auf seinen Forderungen.

Anfangs März 1801 scheint das Geschäft in ein neues Stadium treten zu wollen. — Der Forderung der beiden Ufer bis Brig setzte der Vollziehungsrat ²⁾ den Vorschlag der Abtretung des linken Ufers gegenüber, als vollauf genügend für die Erstellung der Militärstraße. — Glayre erklärte sich bereit auf dieser Basis in Verhandlungen zu treten, wenn die Klausel betreffend das Wallis im Texte des Allianzvertrages aufgenommen ³⁾ und entsprechender Gegenwert gewährleistet würde — um das letztere drehte sich nun die Geschichte.

Talleyrand gab sich mit diesen doch so wichtigen Zugeständnissen nicht zufrieden und beantragte dem ersten Consul, die Abtretung des linken Ufers als ungenügend zurückzuweisen, und die Forderung des Gebietes vom Departement du Mont-Blanc bis oberhalb Brig aufrechtzuerhalten ⁴⁾.

Er faßte seine Vorschläge folgendermaßen zusammen : „Je propose au premier Consul 1. d'ajouter à la cession du Frickthal celle du Münsterthal (Moutier-Grandval) en compensation de la partie du Valais qui s'étend jusqu'à Brig.

2. Dans le cas où il voudrait faire du Frickthal une cession gratuite et où il ne viendrait pas à l'idée d'acquérir un jour par voie d'échange le comté de Neuchâtel, de donner à l'Helvétie l'Erguel (St-Imier) et la ville de Bienne, mais en retenant le Münsterthal.

¹⁾ Aktensammlung, Bd. VI, S. 681.

²⁾ Bundesarchiv: Helvetik. In einem Schreiben an Lang vom ge-
setzgebenden Räte, unterm 3. März, schlug de Rivaz den gleichen Weg
vor wie später Roding, d. h. Abtretung nur einer Straße und nicht
des Bodens. (Corr. du préfet 6072, Archiv de Rivaz.)

³⁾ 681, Glayre à Talleyrand.

⁴⁾ Dunant, 425, 1204.

3. De lui donner le territoire de Celigny.

4. De lui demander que la ligne de démarcation qui passait entre Genève et Morez, sur la montagne de la Tuffe, soit portée sur le sommet de la Dole. (Betrifft das Val des Dappes ¹⁾).

Das Erguel und Biel forderte die Schweiz als frühere Gebiete zurück. Talleyrand betrachtete solche als Gegenleistung fürs Wallis, falls das Frickthal ungenügend sei. Er sagte: Si la France consentait à reconnaître les droits de l'Helvétie sur Bienne et l'Erguel, depuis le traité de l'an 6, où ils n'ont été ni stipulés ni rappelés, bientôt on partirait du même principe pour redemander comme portions du territoire helvétique Genève, Mulhausen et la Valteline ²⁾.

Die Gegenanträge der Schweiz mögen zwei Gründe gehabt haben: 1. Den hohen Wert des Wallis für die Schweiz, die hohen Ersatz forderte; 2. Die Verhandlungen durch allerlei Forderungen und Nebenfragen in die Länge zu ziehen, um Zeit zu gewinnen.

Frankreich verlangte stets die Erledigung des Walliser Geschäftes vor dem Abschluß des Vertrages über die Grenzen Helvetiens und der Verfassungsfrage, wogegen Stapfer und Glayre sich sträubten, denn sollten sie gezwungen werden, das Wallis abzutreten, wollten sie wenigstens einen entsprechenden und gesicherten Preis dafür ³⁾.

In den zehn ersten Tagen vom März schien, wie gesagt, die französische Diplomatie, die bis da das ganze Wallis bis Brig begehrte ⁴⁾, auf den Vorschlag bezüglich

¹⁾ Val des Dappes, südlich von der Vallée de Joux, gehörte zur Waadt. Frankreich verlangte die Abtretung dieses kleinen Tales für die Erstellung einer Straße von Morez nach Genf. Diese Abtretung stand mit der Militärstraße des Wallis in enger Verbindung. Talleyrand wollte im Tausch der Schweiz Celigny abgeben. — Quellen für Schweizergeschichte.

²⁾ Relations diplomatiques, 1195.

³⁾ Aktensammlung 233, 10, VI.

⁴⁾ Vide Schreiben von Reinhard.

des linken Rhoneufers eingehen zu wollen ¹⁾. Die Verhandlungen schleppten sich aber mit Mühe durch den ganzen April hindurch, infolge des Widerstandes der helvetischen Minister in Betreff der Gegenleistungen für die Abtretung des Wallis.

Unterm 18. Mai wurde Stapfer die Vollmacht erteilt, das linke Ufer abzutreten. Wir heben aus den beigelegten Instruktionen hervor ²⁾.

1. Abtretung des Fricktales an Helvetien.
2. Rückgabe von Biel, Erguel, und den übrigen Besitzungen westlich der Schweiz, die einen Teil der ehemaligen Eidgenossenschaft bildeten.
3. Aufhebung der Art. 2 und 5 des Allianzvertrages.
4. Abtretung des linken Rhoneufers bis Brig an Frankreich unter nachstehenden Bedingungen :
 - a) Daß auf dem linken Ufer keine Eindämmungswerke gebaut werden dürften, welche den Strom gegen das rechte Ufer werfen könnten.
 - b) Falls die Schifffahrt möglich, daß sie für beide Ufer gestattet sei.
 - c) Den Einwohnern des abgetretenen Landesteiles soll Meistbegünstigung zu teil werden, wie Genf, u. a.
 - d) Daß es jedem, der Grundstücke auf beiden Ufern besitze, freigestellt sei, die französische oder helvetische Nationalität zu wählen.
 - e) Allen helvetischen Bürgern solle der freie Durchpaß durch alle Brücken und Straßen des abzutretenden Teiles, wie den Einwohnern des linken Ufers selbst eingeräumt werden &c.

Bonaparte war so gewohnt, daß ihm die Schweiz alles ohne Zögern bewilligte, daß er sehr aufgebracht war wegen dem langsamen Lauf der Dinge. Er wußte

¹⁾ Unterm 3. März schrieb Statthalter de Rivaz an seinen Leutnant, daß Frankreich das ganze Wallis bis Brig verlangt habe, unterm 9. März aber, daß Frankreich nun nur das linke Ufer fordere. (Staatsarchiv Wallis. Helv. II. C.)

²⁾ Aktensammlung, VI, 232 b, 53.

Stapfer schon am 25. März seine Meinung deutlich auszudrücken ¹⁾).

„Il faut avant toute chose que vous cédiez le Valais, c'est un préliminaire de rigueur“, und „Il faut qu'avant tout le Valais nous soit cédé. Cela doit être! Vous le sentez bien!“ etc.

Solche Worte ließen allerdings wenig hoffen. Deshalb äußerte sich noch Stapfer an Végos, den 10. April :

Les raisonnements ne sont pas d'un grand poids, quand Bonaparte s'est mis une chose fortement dans la tête. Les ministres les plus influents ne les hasardent pas quand sa volonté sur un point est connue. L'Europe entière ne lui ferait pas abandonner un projet favori. *La possession du Valais est une des choses qui lui tiennent le plus à cœur* et il est étonnant qu'il ne nous ait pas déjà éloigné à cause de la résistance que nous lui avons opposée à cet égard. Je persiste néanmoins à croire que le Gouvernement helvétique doit plutôt s'exposer à tous les effets de la colère du premier consul, que de céder sans compensation une partie si importante de la République helvétique.

Wir geben diesen Passus an, weil er die Stellungnahme des Ministers Stapfer so gut kennzeichnet ²⁾).

IV.

Bis jetzt sprachen wir nur von den Bemühungen der helvetischen Behörden, das Wallis der Schweiz zu erhalten. Den Ansporn gab sicherlich der ausgeprägte Willen der Walliser, Schweizer zu bleiben. Der Regierungsstatthalter de Rivaz, die Verwaltungskammer, alle Beamten, ja das ganze Volk gaben durch zahlreiche Proteste diesen Willen kund ³⁾).

¹⁾ Aktensammlung 231, 38. — Zuginbühl: „Ph. Alb. Stapfer, helv. Minister der Künste und Wissenschaften“, S. 366.

²⁾ Aktensammlung VI, 49.

³⁾ In Brig widersetzte sich Unterstatthalter Theiler der Abfassung solcher Proteste, unter Hinweisung, daß „in solchen heißen Sachen der

In der Antwort an den helvetischen auswärtigen Minister Begos, der einen Bericht über das Wallis vom Statthalter de Rivaz verlangte, verfaßte letzterer mit Tousard d'Olbec ein weitläufiges Schreiben, wo der hohe Wert des Wallis für die Schweiz in jeder Beziehung, meisterhaft geschildert wurde. „Frankreich würde die Schweiz von Basel über Genf bis zum St. Gotthard cernieren, es wurde zur Eigentümerin der Alpen, etc.“¹⁾

Die Verwaltungskammer beordnete Anfangs März eine Deputation nach Bern, bestehend aus Augustini und de Rivaz von der V. K., ferner Kantonsgerichtspräsident von Riedmatten und Unterstatthalter du Fay, zur Protestation und zur Versicherung der unwandelbaren Anhänglichkeit der Walliser an die Schweiz. Am 12. März erschienen die Abgeordneten vor dem Vollziehungsrat und überbrachten ihm die heiligen Wünsche der Walliser.

Die Adresse ist ein Muster von Beredungskunst. Der Vollziehungsrat antwortete u. a.: „Tout a été fait jusqu'ici et rien ne sera négligé dans la suite pour conserver à l'Helvétie le malheureux et intéressant canton du Valais; la nécessité la plus absolue pourra seule l'emporter sur les vœux et les efforts du Gouvernement“²⁾.

Die Walliser Abgeordneten ernteten reichen Beifall und erregten nicht geringe Bewunderung für ihr patriotisches Auftreten. Vor ihrer Abreise am 18. März befeuerten sie nochmals aufs dringlichste ihren Wunsch, auf immer einen Bestandteil der helvetischen Republik zu bilden³⁾.

Unterdessen blieben die Gemeinden nicht untätig. Aus allen Gauen des lieben Walliserlandes liefen Protestschreiben gegen die Zergliederung oder die Abtretung an

gemeine Mensch mit seinen Ausdrücken wie uns die Erfahrung zeigt, gefährlich und schädlich sein könnten und daß es deshalb für uns vorteilhafter jene, alles den klugen Einsichten unserer Regierung und Oben und der V. K. zu überlassen“. Patrioten warfen ihm keine Anhänglichkeit an Frankreich vor. (Walliser Staatsarchiv, Helv., vol. 2, C.)

¹⁾ de Rivaz. Mémoires historiques, 19.

²⁾ M. Z., Seite 689, 25 b.

³⁾ M. Z., Seite 690, 30 b.

Frankreich ein. Schon am 13. März langte beim Statthalter die Eingabe der Gemeinden des Bezirkes Siders ein. Bald folgten diejenigen von Leuf, Sembrancher, Ering, Monthey, Martinach, St. Maurice, Val d'Iliez, Visp, Visperterminen, 2c., 2c.¹⁾ Wir geben hier einen Teil der Adresse von St. Niklaus wieder²⁾:

„Wenn je eine herzrührende Gemeinndsberatung unter uns vorging, so war es unstreitig die Vorgestrige, so einzig die Alternative Schweizer zu bleiben oder Frankreich einverleibt zu werden, zur Absicht hatte. Ja, herzrührend war sie, doch nicht darum daß wir in unseren Meinungen getrennt waren, nicht darum daß wir gähling nur einen Augenblick anstundten uns zu erklären, nicht darum daß wir gähling auf anderer Gemeinden Meinung zuschauen wollten, aber darum war sie eine herzrührende und eine Zähre aus den Augen pressende Beratung, da auf den ersten gemachten Antrag ein schluchzendes Murren entstand, daß man eine solche Anfrage nur machen dürfe. Da jeder der Erste sein wollte sich zu erklären und da endlich jeder ausrief: Wenn nur Vorstellungen, Mühe und Kosten helfen. Ja Bürger Regierungstatthalter, wir wünschten nur, sie hätten diesem Austritt persöhnlich beigewohnt und wir sind versichert, daß eine sechs Minuten lange Zuhörung, Ihnen als einem biedern Schweizer Freudenthränen abgewonnen hätte. Sie hätten aus dem Gemurmeln minutenlang nur diese und dergleichen Worte unterscheiden können: Schweizer waren wir, Schweizer sind wir, Schweizer begehren wir in Zukunft zu sein, und Glück und Unglück wollen wir mit unsern alten Brüdern theilen . . .“³⁾

Die Protesteingaben der Walliser Gemeinden erzürnten den allmächtigen ersten Konsul. Er beschwerte sich, daß solche Kundgebungen überhaupt geduldet würden⁴⁾.

1) Vgl. Mémoires historiques. Aftenjamml., Staatsarchiv, Wallis.

2) Staatsarchiv Wallis, Rep. Helv., val. 2, C.

3) Die angeführte Bittschrift von St. Niklaus berührte Statthalter de Rivaz auf's tiefste. — Archiv de Rivaz, 6183.

4) Dunant. Arch.

Indessen rückte die Geschichte doch um einen Schritt weiter. Bonaparte, welchem der helvetische Verfassungsentwurf vorgelegt worden war, konnte sich mit den darin als Grundlage aufgestellten unitarischen Grundsätzen nicht befreunden und übermittelte Glayre und Stapfer einen andern Entwurf, der von ihm oder von Hauterive herrührte¹⁾, welchen Glayre wiederum bearbeitete, aber in welchen die Abtretung eines Theiles des Wallis vorausgesetzt war.

Dieses sogenannte „Projet de la Malmaison“ sagte: „La portion du Valais qui n'aurait pas été cédée à la France serait réunie à un canton voisin“²⁾. — Die Zahl der Kantone war darin auf 17 festgesetzt, also ohne Wallis.

Der Verfassungsentwurf ward veröffentlicht, wurde aber im Wallis selbst, auf die Bitte des Statthalters de Rivaz, nicht angeschlagen³⁾. Am 29. Mai genehmigte ihn der gesetzgebende Rat auf Antrag der Kommission, die ihn als ein „pis-aller“ zur Annahme empfahl: „Mendert nichts in dem Vorschlage, denn wesentliches könnt ihr nichts ändern, ohne Gefahr zu laufen, auch das Gute was noch da ist, zu verlieren“.

Zugleich faßte der Rat, der nicht die Verantwortlichkeit allein für die Annahme der Verfassung und den Verlust des Wallis auf sich laden wollte, den hochwichtigen Beschluß, die Gutheißung der im September einzuberufenden Tagsatzung zu überlassen⁴⁾.

Wir wissen, daß am gleichen Tag Stapfer die Vollmacht für die Abtretung des linken Ufers erhielt, immer unter der Bedingung, daß die Tagsatzung die Verfassung annehme.

Die Verhandlungen wurden dann einige Zeit abgebrochen infolge Abreise von Talleyrand⁵⁾. Stapfer äußerte sich dahin, daß die Annahme der Verfassung ihn

1) Dunant. — Introduction.

2) Dunant. de Rivaz, 25, Staatsarchiv Wallis.

3) Es war in der Form einer Proclamation du Conseil exécutif aux citoyens de l'Helvétie. (Staatsarchiv Wallis.)

4) Aktensammlung 908, VI.

5) Dunant. Relations diplomatiques.

in eine schwierige Lage versetze, weil nun die französische Diplomatie mit der Einsprache aufrücke.

„Vous nous demandez des compensations pour ce que nous avons déjà et que vous avez donné sans condition ¹⁾).

Die Befürchtungen des Vollziehungsrates hatten sich erfüllt. (Siehe Aktensammlung VI. 233, 10²⁾). Glücklicherweise war das Uebel nicht so groß, denn der Tagesatzung war also die Guttheißung oder Verwerfung überlassen, was auch Begos unterm 25. Juni hervorhob.

Beide Parteien beharrten auf ihren Bedingungen; Frankreich verlangte sogar wiederum die Abtretung des ganzen Wallis bis Brig und lehnte die Vorschläge der Schweiz ab.

Diese Handlungsweise erregte nicht geringen Widerwillen in den Räten. Den 6. Juli verlas Begos einen langen Bericht an den Vollziehungsrat über das „Walliser Geschäft“. Er verglich das Fricktal mit dem Rhonetal:

„Fricktal höchstens 30.000 Einwohner, 13 oder 14 Quadratmeilen Fläche.

„Wallis 160—170 Quadratmeilen mit 90.000 Einwohner. Fruchtbar, vielversprechend. — Reiche Bergwerke. — Großartige natürliche Festung gegen Süden.“

Ganz ungünstiger Tausch. —

Zum Schlußwort sagte Begos ³⁾:

„La demande que nous fait la France de la vallée entière du Rhône est entièrement à notre charge; les offres quelle nous fait en retour sont loin de répondre à ce sacrifice, elles *ne méritent pas même le nom de compensation*. Le Fricktal nous était destiné par les articles secrets de l'an VI; il nous était dû par l'effet de notre coopération militaire aux succès de l'armée

¹⁾ Bd. VII, M. S. 1. Luginbühl, S. 371.

²⁾ Daß, wenn der genaue Gegenwert für's Wallis nicht angegeben werde, Frankreich der Schweiz keine genügende Gegenleistung sichern würde.

³⁾ Bd. VII. M. S. 36, 112.

„républicaine. Le système politique de l'Europe ne permet plus à la France d'établir des routes militaires en Helvétie. Ainsi, en y renonçant, cette république ne nous fait aucun sacrifice. La France, en nous rendant notre neutralité, ne fait que nous restituer ce dont elle nous a privés temporairement pour son plus grand avantage.“

Viele Wahrheiten in wenigen Worten.

Im Wallis dauerte der Unwillen gegen die Ablösung fort¹⁾.

Der merkwürdige politische Zustand des Wallis, das während dieser bewegten Zeit weder Frankreich noch der Schweiz gehörte, und auch keinen selbständigen Staat bildete, nahm mit dem 10. Juli ein Ende.

Aufgeichts des ergebnislosen Verlaufes der Verhandlungen beantragte der helvetische Minister des Innern dem Vollziehungsrat, die innere Organisation des Wallis zu regeln. Der Antrag gieng durch. Savary und Dolder stimmten dagegen²⁾. Infolge dessen wurde das Wallis eingeladen, seine Abgeordneten an die helv. Tagsatzung, wie die übrigen Kantone, zu wählen, auch seine eigene Tagsatzung mit 24 Vertretern zu ernennen³⁾ und einen kantonalen Verfassungsentwurf zu bearbeiten.

Die Walliser Tagsatzung versammelte sich im August 1801 und nahm den Verfassungsentwurf an, der wiederum von der Abhängigkeit des Wallis an das Schweizerland ein beredtes Zeugnis ablegte. Man höre⁴⁾:

¹⁾ Der Bischof beauftragte einen Abgeandten, im Bezirk Nidfurn gegen die Einverleibung Stimmung zu machen. Derselbe stellte die HH. Zundermatten und Lang, vom gesetzgebenden Rat, und Oberrichter Zurbruggen, als Anhänger Frankreichs dar, wogegen die drei letzteren heftige Einsprache erhoben und ein Flugblatt herausgaben. Vertheidigung gegen ein im ehemaligen Zehnden Nidfurn verbreitetes Gerücht. (Staatsarchiv.)

²⁾ A. Z., Bd. VII, 36, 9 a.

³⁾ Mémoires historiques, S. 30.

⁴⁾ Kantonsverfassungsentwürfe von 1801. — Separatabdruck aus den A. Z.

„Erklärend in Rücksicht einer in dem unter dem 29. Maimonats die neue helvetische Staatsverfassung betreffenden Gesetze enthaltende Stelle, die von der Abtretung eines Theiles des Walliserlandes Meldung thut, daß es sein eigener und beinahe des ganzen Walliser-volkes einhelliger Wunsch sei, mit der Schweiz immer vereinigt zu bleiben, und daß es nie mit seiner Einwilligung davon werde getrennt werden können.“

Sie bezeichnete Statthalter de Rivaz, Augustini, alt-Landeshauptmann Sigristen und Jean Joseph Duc als Abgeordnete an die helvetische Tagsatzung¹⁾.

Die etwas gewagte Beschlußfassung des Vollziehungsrates verstimmte Bonaparte im höchsten Grade. Noch schlimmer wurde es, als am 29. September die helv. Tagsatzung das Wallis unter die schweizerischen Kantone aufnahm und die Integrität des helvetischen Gebietes nahezu einstimmig acclamirte²⁾.

Mit den Forderungen Frankreichs war es nun böse bestellt³⁾. Der Minister Verninac, der vom 7. September ab Reinhard ersetzte, fand einen Ausweg, der die Lage retten sollte. Er arbeitete an dem Sturz der mehrheitlich unitarisch gesinnten Räte, in der Hoffnung, willigere Männer zu bekommen, und den Beschluß vom 29. September rückgängig zu machen⁴⁾.

Es war die goldene Zeit für Staatsstreich. Der Versuch konnte nicht fehlschlagen, und glückte wirklich am 28.

¹⁾ Mémoires historiques, 31.

²⁾ Aftenjammlung. Manuscript de Rivaz. Mémoires historiques.

³⁾ Talleyrand à Verninac. Archives aff. étr. Paris. Dunant 1287. „Cette discussion doit nécessairement avoir pour conséquence immédiate de mettre le gouvernement actuel et prochain de l'Helvétie dans l'impossibilité de céder à la France la partie du Valais qu'elle a le droit d'exiger et qu'elle est bien résolue d'obtenir.“

⁴⁾ Es beweisen die Eingriffe Frankreichs bei diesem Staatsstreich der Tag Talleyrands in seinem Schreiben vom X Vendémiaire (2. Okt.) „Il faut donc, ou que cette diète revienne à de meilleurs principes de conduite, ou qu'elle soit dissoute (!)“. Rapport au 1er consul. Ferner, Euginbühl, 377, Schreiben von Stapfer: Verninac a pour instruction de tâcher de porter aux places importantes des hommes qui cèdent le Valais sans difficulté.

Oktober, wo die Tagsatzung aufgelöst und durch den Senat ersetzt wurde. Nun lenkten die Föderalisten des Vaterlandes Schiffelein.

Der neue gesetzgebende Rat erklärte die Verfassung vom 29. Mai als in Kraft getreten¹⁾. Das Wallis schien somit in der Tat abgetreten und Frankreich war auch dieser Meinung, beorderte es ja Turreau zur Besetzung des Landes bereits am 2. November, kaum fünf Tage nach dem Staatsstreiche.

Wenn Talleyrand durch den von ihm indirekt herbeigeführten und gutgeheißenen Staatsstreich den Sieg davon getragen zu haben glaubte, irrte er sich gewaltig. Die neue helvetische Regierung, die Beding zum Landammann erkor²⁾, widersetzte sich mit ebensoviel Energie wie die frühere Regierung der Ablösung des Walliserlandes.

V.

Hier gelangen wir zu einer neuen verhängnisvollen Phase. — Durch die Annahme der Verfassung von Malmaison schien die Abtretung des Wallis im Stillen gutgeheißen³⁾. Und von diesem Zeitpunkte an herrschte im unglücklichen Rhonetal das verhasste „Regime Turreau“, das der Statthalter de Rivaz in seinen *Mémoires historiques* so packend, so drastisch beschrieben hat.

Turreau behandelte die Walliser eher als Feinde, denn als gleichgestellte französische Bürger, wie es eigentlich hätte sein sollen.

¹⁾ Vergl. Verfassung von Malmaison. Darin war wohl das Wallis — eventuel — als zergliedert betrachtet; setzte aber diesbezügliche Verhandlungen voraus, die, wie wir sehen, noch nicht abgeschlossen waren.

²⁾ Beding war der Mann, von dem die Walliser vieles hofften. Statthalter de Rivaz beglückwünschte ihn zu seiner Wahl, und legte ihm die Erhaltung des Wallis an's Herz; Archiv de Rivaz, Nr. 6688.

³⁾ Deshalb schlug de Rivaz die Wahl als Senator ab, weil nach seiner Ansicht dies als Approbation dieser Verfassung betrachtet werden könnte, gegen deren Bestimmungen er immer kämpfen werde. Archiv de Rivaz, 6684.

Drei Bataillone Infanterie besetzten das Wallis. Turreau selbst langte den 23. November an. Er benahm sich von Anfang an, als ob die helvetischen Behörden mit seinem Vorgehen einverstanden wären. — Im Wallis glaubte man wirklich an einen geheimen Artikel zwischen Helvetien und Frankreich in Sachen der Walliserfrage¹⁾.

Turreau suchte die Meinung zu verbreiten, daß die Besetzung wegen den begonnenen Arbeiten an der Simplonstrasse nötig geworden sei²⁾.

Der helvetische Rat erhob Einsprache gegen die willkürlichen Maßnahmen Turreau's³⁾ und gab der Verwaltungskammer nachstehende Weisungen:

a) „Vous refuserez l'obéissance à toute demande, exigence et réquisition du général Turreau ou des officiers sous ses ordres qui serait incompatible avec les droits de la République Helvétique sur le canton du Valais, et avec vos devoirs envers l'Autorité suprême helvétique, la seule que vous puissiez reconnaître;

b) Si malgré votre refus, le militaire français passait outre, vous céderez en protestant contre l'usurpation;

c) Vos protestations seront fondées sur l'ancienne union du Valais à la Suisse devenue plus intime par la constitution de 1798 et par tous les maux de la révolution — sur le traité d'alliance existant entre les deux républiques — sur la paix de Luneville et l'indépendance de la République Helvétique et dès la même la conservation de toutes les parties qui la forment. Enfin sur le présent ordre du gouvernement⁴⁾“.

Das mannhafte Schreiben klärte das Mißverständniß zwischen Wallis und Helvetien auf. Dagegen handelte Turreau gewaltsamer als je.

1) Mémoires historiques.

2) Lettre confidentielle du 2 Décembre 1801, aux sous-préfets du Bas-Valais et de Sierre, par le préfet de Rivaz. (Staatsarchiv Wallis.)

3) Aktensammlung, VII.

4) Statthalter de Rivaz übermittelte diese Instruktionen den Unterstatthaltern, die demnach handelten. — Corr. de Rivaz, Bd. VII. Archiv de Rivaz.

Die Lage verschärfte sich fortwährend trotz aller Einsprachen des Wallis und helvetischer Behörden ¹⁾.

Es liegt nicht in unserer Absicht die Handlungen Turreau's ausführlich zu beschreiben. Wir verweisen auf das oben angeführte Werk de Riva's ²⁾.

Wegen geplanten Aenderungen im Botschaftswesen in Paris ³⁾ und auch zur Erledigung des peinlichen Walliser Geschäftes, reiste Reding, der neue Landammann Helvetiens, den 30. November nach Paris, woselbst er bis zum 9. Januar 1902 verblieb.

Bonaparte empfing ihn wohlwollend den 15. Dezember und behandelte mit ihm die Walliser Angelegenheit die nächstfolgenden Tage. Den Hauptwunsch Redings, das Wallis zu erhalten, glaubte Letzterer schon erfüllt, weil Bonaparte in einem allerdings nicht unterschriebenen Vertrage von der Abtretung abstand und sich mit der Abtretung einer der Breite der anzulegenden Straße schmalen Strecke von St. Gingolph bei Brig und Gondo zufrieden erklärte ⁴⁾.

Leider war der Jubel verfrüht, wie auch die diesbezüglichen Veröffentlichungen über die von Reding erzielten Vorteile, welche vielleicht den plötzlichen Umschwung bei Bonaparte herbeigeführt haben mögen. Letzterer kam unerwarteterweise auf die Forderung der Abtretung des linken Ufers zurück, wünschte indessen die

¹⁾ Aber erst Ende März gaben Gemeinden Zeichen, sich lieber Frankreich ergeben zu wollen, als das Elend und den trostlosen Zustand weiter walten zu lassen. Saillon gab das erste Anzeichen von Erlahmung. — Archiv de Riva, 7007.

²⁾ Wertvolles Material liefert auch das „Registre des Correspondances du général Turreau“ vom 9. Februar bis 25. April 1800, im gegenwärtigen Besitze der Société d'Histoire Genè, das uns Aufschluß über die Handlungsweise von Turreau 1 1/2 Jahre vor diesen Ereignissen gibt. 1800 wie 1801—1802 zeigte sich der berüchtigte Züchtiger der Vendee als rücksichtsloser Gewaltshaber.

³⁾ Das Ende der Helvetik. Hr. Dr. Strickler, 156.

⁴⁾ Dumant. CVIII. — Die Idee des Statthalters de Riva. Siehe „Corr. du Préfet national“.

Angelegenheit ruhen zu lassen, und die Verfassungsfrage allein zu behandeln ¹⁾).

Zum Verzicht auf das Wallis konnte sich Neding nur peinlich hergeben, weil alte politische Bände, Religion zc. das Land eng an die Urkantone angeschlossen. Es blieb ihm aber kein anderer Ausweg übrig, als die Entscheidung den Wallisern selbst zu überlassen, ob sie die Vereinigung mit Frankreich begehrt — um dadurch der Regierung den Vorwurf zu ersparen, alte Bundesgenossen einer fremden Macht ausgeliefert zu haben ²⁾).

Bonaparte stimmte diesem Plebiscite nicht zu. Noch unentschieden war somit das Schicksal des Walliserlandes Anfangs 1802.

Am 4. März erklärte Berninac die Verhandlungen wieder aufnehmen zu wollen ³⁾). Die Schweiz zeigte sich einverstanden und Staatssekretär Thormann rief Statthalter de Rivaz nach Bern ⁴⁾). Letzterer lehnte ab, weil er seine Anwesenheit im Wallis als dringend erachtete ⁵⁾). Die helvetischen Behörden setzten aber die Bedingung der Abtretung einer Straße, und nicht des Gebietes, voran, wie Neding zur Zeit vom ersten Konful die Zusage erhalten.

Berninac beharrte auf seiner Forderung, erinnerte daran, daß Helvetien zwei mal das linke Ufer angeboten, als Frankreich beide Ufer verlangte, und entschied sich nun für den Abbruch der Verhandlungen ⁶⁾), „considérant sa mission comme terminée“.

Während dieser Zeit mehrten sich die Eingriffe Turreau's in die innere Verwaltung des Wallis. Er enthob die treuen Beamten ihrer Posten, rief sogar den Statthalter ab, und tat durch allerlei Gewaltmaßregeln sein Mög-

¹⁾ Dunant, 1371.

²⁾ Dr. Strickler. Ende der Helvetik.

³⁾ Aftenjammlung, VII, 292, 1.

⁴⁾ Aftenjammlung, 2.

⁵⁾ Mémoires historiques, 130.

⁶⁾ Dunant, 530, 1405.

lichtes, die Walliser von der Schweiz zu trennen. Sein Vorhaben wirkte gerade in entgegengesetzter Weise ¹⁾. Damit die von Turreau eingesetzten Beamten sich nicht etwa zu Gunsten Frankreichs, als Vertreter des ganzen Volkes aussprächen, entsandten 93 Gemeinden Abgeordnete nach Bern zu einer feierlichen Kundgebung gegen die geplante Annexionierung durch Frankreich.

Die Abgeordneten gingen vom 20. bis zum 27. Februar über die eingeschneite Gemmi nach Bern ²⁾. Ein warmer Empfang wurde den tapfern Wallisern, die zum zweiten mal in der Hauptstadt die Unabhängigkeit ihres Landes beteuerten, zu teil. Frankreich sah diese Kundgebungen nicht gerne, noch weniger aber, wie alle Gewalttaten Turreau's wenig genützt, und gewann die Ueberzeugung, daß die Walliser sich niemals freiwillig Frankreich einverleiben ließen.

Talleyrand suchte und fand einen Ausweg. Schon am 12. Januar 1802 äußerte er sich angesichts des Mißerfolges der Verhandlungen:

„Si l'on ne peut trouver aucun expédient plausible, il restera toujours la ressource de placer ce petit pays sous les lois d'un régime spécial et de mettre son indépendance sous la garantie de la France et de l'Helvétie ³⁾).

Berninac gefiel der Vorschlag. Er befürwortete den 21. Februar, die Losrennung von der Schweiz und die Errichtung des Wallis als selbständiger Staat unter dem Schutz der französischen Republik ⁴⁾. Am 26. März erklärte es Talleyrand offen an Stapfer ⁵⁾.

¹⁾ Turreau forderte schwere Militärlasten von denjenigen Gemeinden, die sich am kräftigsten gegen die Einverleibung aussprachen. Vgl. Archiv de Nivaz. Walliser Staatsarchiv. Aktensammlung. Mémoires historiques.

²⁾ Mémoires historiques. Einige Gemeinden, wie Nid-Brig, Simpelu, Emdbd, Zermatt, Randa erhielten zu spät von dem Vorhaben Kunde, schlossen sich dieser Kundgebung schriftlich an; Archiv de Nivaz, Nr. 6971.

³⁾ Dumant, S. 520.

⁴⁾ Gerüchte davon drangen in's Wallis. Turreau erhielt weitere Weisungen. Er zeigte sich weniger hart gegenüber den Gemeinden.

⁵⁾ Aktensammlung.

Die markige Erwiderung Stapfers fand kein Gehör beim ersten Consul.

„Il me suffit de la connaissance la plus superficielle des rapports qui existent entre les deux Républiques et des engagements aussi solennels que sacrés qui les lient mutuellement pour mettre en évidence que jamais les droits de la nation helvétique sur le Valais ne peuvent être contestés ni la conduite de son gouvernement à l'égard de cette contrée blâmée par les motifs que vous alléguiez dans cette lettre. . . . Eh, n'est ce pas donc votre Gouvernement, citoyen ministre, qui par la puissance des bayonnettes a fondu le Valais pour forcer ses habitants à se laisser gouverner par des lois communes à toute l'Helvétie ? N'est ce pas vous, citoyen ministre, qui avez signé le traité d'alliance avec la République une et indivisible ? Le Valais ne faisait-il pas alors partie essentielle de cette République et le traité de Luneville ne consacre-t-il pas toute l'étendue de notre territoire tel qu'il était à l'époque de sa conclusion ?

Le premier consul a déclaré plusieurs fois qu'une route militaire était la seule chose qui l'intéressait dans le Valais pour l'avantage de la République française. Cette déclaration est connue, elle est devenue le centre auquel se rattachent toutes les espérances. Que dirait le peuple suisse, qui hérit les Valaisans comme des frères ; quelle serait l'indignation des braves Valaisans, qui mettent leur bonheur ainsi que leur orgueil à rester Suisses ; si le Gouvernement helvétique donnait au sacrifice qu'on lui demande plus d'étendue que l'intérêt même de la France et la parole du premier consul ne l'exigent ! Mais que dira l'Europe de voir que les Français, après avoir premièrement porté la désolation et la mort dans le Valais, pour le rattacher par des nœuds plus forts à l'Helvétie, quelques instants après y porter le fléau de la discorde et le poids de l'autorité militaire la plus dure pour l'arracher de nouveau à des liens qu'on venait de cimenter de sang pour les rendre plus forts.

Vraiment, citoyen ministre, tous les motifs possibles de justice, d'humanité, d'honneur et de véritable gloire se réunissent pour engager le premier Consul à rendre aux Valaisans leur patrie et aux Suisses leur Valais etc.“

Am 4. April 1802 erklärte Bonaparte endgültig ¹⁾ die Unabhängigkeit des Wallis und seine Vöstreimung von der Schweiz ²⁾. Nach vielem Zögern und einem neuen Staatsstreich (17. April) wurden die diplomatischen Verhandlungen endlich in diese neue Bahn eingelenkt.

Mit diesem Datum endigt ebenfalls das Programm, das wir uns zur Aufgabe gestellt hatten ³⁾.

¹⁾ Gaullieur, 405.

²⁾ Augustini und Duc, Walliser Senatoren in Bern, setzten Statthalter de Rivaz in Kenntnis von den neuen Absichten Bonapartes. Statthalter de Rivaz traf das Richtige in seiner Antwort vom 5. April 1802: „Cet avis nous a fort consternés, car cette indépendance ne serait que de nom, et la dépendance absolue de la France que trop réelle.“ Archiv de Rivaz, corr. du préfet national, Nr. 7007.

³⁾ Die Zeit vom 4. April bis zur Erklärung der Unabhängigkeit (5. September 1802) läßt sich ganz gut in einem besondern Aufsatz behandeln.

Oskar Perrollaz, Sitten.